

Kreistagsfraktion Freie Wähler

Fraktionsvorsitzender Oliver Spieß



Kreistagsitzung am 08.12.2020

**Tagesordnungspunkt 3: Haushaltsplan des Landkreises
Ravensburg 2021**

Anträge der Fraktion der Freien Wähler

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Kreistag beschließt für den Haushalt 2021 für die Digitalisierungsstrategie des Landkreises Ravensburg ein Budget von 30.000 EURO festzusetzen, mit dem Ziel, den Landkreis zu einem Vorzeigemodell in Baden-Württemberg zu entwickeln.
- 2) Bei der WIR GmbH wird für das Thema Digitalisierung ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 25.000 EURO festgesetzt.
- 3) Für die Kontaktstelle Frau und Beruf wird ein weiterer Zuschuss in Höhe von 25.000 EURO festgesetzt.
- 4) Der Landkreis Ravensburg fördert zusätzlich zum bisherigen Beschluss des Sozialausschusses die kommunale Pflegekonferenz mit dem Ziel, eine Pflege(platz)strategie zu erarbeiten mit weiteren 10.000 EURO.
- 5) Der Landkreis Ravensburg entwickelt über die bisherigen Schritte der Gesundheitskonferenz hinaus eine Strategie für die zukünftige Hausärzteversorgung in den Gemeinden. Hierfür wird ein Budget von 10.000 EURO zur Verfügung gestellt.
- 6) Zur Finanzierung der genannten Summen sollen folgende Reduzierungen vorgenommen werden:
 - a) Teilhhalt 0, Unterteilhhalt 92 / Produktgr. 1110 (Aufwendungen Kreistag):
20.000 EURO
 - b) Teilhhalt 0, Unterteilhhalt 92 / Produktgr. 1110 (Aufwendungen allg.):
5.000 EURO
 - c) Teilhhalt 0, Unterteilhhalt 92 / Produktgr. 1130 (Bes. Verw.aufwendungen):
20.000 EURO

- d) Teilhhalt 0, Unterteilhhalt 16 / Produktgr. 1114 (LARA Ball):
10.000 EURO
- e) Teilhhalt 1, Unterteilhhalt 11 / Produktgr. 1120 (Beratungskosten):
10.000 EURO
- f) Teilhhalt 1, Unterteilhhalt 11 / Produktgr. 1120 (EDV Aufwendungen):
23.000 EURO
- g) Teilhhalt 1, Unterteilhhalt 12 / Produktgr. 1121 (Stellenausschreibungen):
12.000 EURO

Begründung:

Zu 1)

Unter dem Leitthema Verwaltung und Finanzen ist in der aktuellen Kreisstrategie als Leitziel genannt:

„Die Landkreisverwaltung arbeitet publikums- und mitarbeitenden orientiert und erledigt ihre Aufgaben wirtschaftlich, sparsam und unbürokratisch“.

Als Handlungsfeld ist zum Thema Digitalisierung genannt:

„Die Landkreisverwaltung forciert den weiteren Ausbau ihres Dienstleistungscharakters. Sie gestaltet die Arbeitsprozesse schnell, effizient, digital und ressourcenschonend“.

Als Ziele sind bei den Ämtern ebenfalls einzelne Digitalisierungsthemen genannt.

Wir sehen das bisher als zu wenig ambitioniert und wollen den Landkreis und die Landkreisverwaltung zu einem baden-württembergischen Vorzeigemodell hin entwickeln. Um koordiniert die Digitalisierung im Landkreis und seiner Verwaltung voranzubringen, ist nunmehr eine Digitalisierungsstrategie erforderlich.

Wir regen an, die Landkreisverwaltung im Sinne einer echten Dienstleistungsstelle für die Bürger an die Spitze der Entwicklung zu stellen.

Digitalisierungsstrategie als Gestaltungsaufgabe!

Wir fordern eine Bestandsaufnahme zur aktuellen Situation und der in Umsetzung befindlichen Schritte bei der Digitalisierung dahingehend zu prüfen, inwieweit der Digitalisierungsgrad in technischer und rechtlicher Hinsicht noch mehr ausgeweitet werden kann.

Wir registrieren, dass die Grundlage für alle o.g. Themen ein schneller und bedarfsgerechter Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband, Mobilfunk) ist. Da der Ausbau der Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg im Gegensatz zu den allermeisten Landkreisen komplett von den Städten und Gemeinden getragen

wird, erwarten wir zukünftig die Federführerschaft der Digitalisierung für die Gemeinden beim Landkreis.

Der Landkreis sorgt u.a. dort für einen Mehrwert, wo die Kommunen zu klein sind und/oder das große Ganze im Blick behalten werden muss. Die Anforderungen, die mit der digitalen Transformation der kommunalen Verwaltung verbunden sind, können von vielen der kreisangehörigen Kommunen aufgrund fehlender Ressourcen und dem Mangel an notwendigem Know-How für eine erfolgreiche Digitalisierung kaum geleistet werden.

Die Kreisverwaltung muss sich deshalb der strategischen Verantwortung stellen, die Chancen für mehr Lebens-, Standort- und Arbeitsqualität auf kommunaler Ebene durch Digitalisierung zu wahren. Sie soll als Vorbild vorangehen und ein eigenes Digitalisierungskonzept entwickeln und das gesamte System in den Blick nehmen. Darüber hinaus kann der Landkreis die Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung ortsspezifischer digitaler Agenden unterstützen.

Erfolgreiche Digitalisierung braucht vor allem interkommunale Vernetzung und Kooperation.

Hier denken wir auch speziell an die Zusammenarbeit bei der zukünftigen Arbeit der Gutachterausschüsse oder der Bebauungspläne mit Inspire...)

Für die Digitalisierungsstrategie sehen wir 3 kreiskommunale Aufgabenbereiche, die im Jahr 2021 ausgearbeitet und konkrete Digitalisierungsprojekte entwickelt werden sollten: Hier muss sich der Landkreis ggfs. nicht immer auf die eigene Umsetzung konzentrieren, sondern die Strategie sollte auch die Schaffung von Anreizen für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung umfassen. Folgende Prozesse werden in anderen Landkreisen bereits umgesetzt und könnten ggfs. als Vorbild dienen:

1. Digitale Daseinsvorsorge

1. Gesundheit & Soziales

1. E-Health: Bpsw. LK Tuttlingen, Modellregion für Telemedizin
2. Pflegeportal/Heimfinder App, interaktive Pflegekarte bspw. Rhein-Neckar Kreis

2. Bildung & Kultur

1. Digitalisierung der Schulen
2. Lernfabrik 4.0
3. Tourismus digital: digitale touristische Angebote flächendeckend, unabhängig von kommunaler Mitgliedschaft bspw. Mit GEOPORTAL LK Karlsruhe (RADverkehrsnetz)

3. Mobilität & Verkehr

1. Verknüpfung zu unserem geplanten ÖPNV-Konzept (Mobilitätsapp für Jugendliche und junge Erwachsene: Taxis in den Abendstunden und am WE), Rufbus usw.

4. Umwelt & Energie

1. Solarkataster
5. Wohnen und Arbeiten
 1. Intelligente Marktplätze im ländlichen Raum - Stärkung der Versorgung vor Ort

2. Digitale Verwaltung

1. Ausbau der digitalen Verwaltung / Umsetzung OZG
 1. Eakte
 2. EBafög
 3. Owi
 4. Digitale Bauleitplanung
 5. Virtuelles Bauamt
 6. Digitale Integration
2. Neuentwicklung von Universalprozessen

3. Digitale Wirtschaftsförderung (Aufgabenbereich der WIR GmbH)

1. Industrie 4.0
2. Konzept für Gewerbeansiedlungen /digitales Gründungszentrum
3. Lokaler Einzelhandel/neue Geschäftsmodelle

Den Punkt 3 sehen wir in unserem Antrag Nummer 2 separat aufgeführt. Die Punkte 1 und 2 sollen nicht mit einer neuen Stelle initiiert werden, sondern wir erwarten mit dem Budget von 30.000 EURO, dass damit Untersuchungen stattfinden können und man sich bei best Practice Themen in anderen Landkreisen informieren kann.

Zu 2)

Auslöser für diesen Antrag war die aktuelle Unternehmensbefragung der WIR, bei der die Digitalisierung im Landkreis als größte Herausforderung und wichtigstes Entwicklungsfeld herausgestellt worden ist. Von Seiten der WIR GmbH wurde angegeben, dass eine Digitalisierungsstrategie folgende Kosten verursacht:

- Berater einmalig 75.000 Euro
- Digitalisierungs-Stelle 70.000 Euro p.a.
- Sachkosten 40.000 Euro p.a.

Mit dem von uns angedachten Zuschuss kann die Erstellung einer strategischen Konzeption für die Digitalisierung angepackt werden. Die Rücklagen der WIR umfassen 130.000 EURO. Ausgehend von den oben genannten Kosten von 75.000

EURO und einem Anteil an Sachkosten sind neben einer Rücklagenentnahme dann aus unserer Sicht 25.000 EURO zu veranschlagen.

Wir erwarten hierbei, dass hiermit auch das Thema Industrie 4.0 weiter entwickelt wird, speziell z.B.

- 1) Konzept für Gewerbeansiedlungen / digitales Gründungszentrum
- 2) Lokaler Einzelhandel/neue Geschäftsmodelle

Zu 3)

Der Landkreis Ravensburg beteiligt sich bisher schon mit einem Zuschuss von jährlich 30.000 EURO an den Kosten der Kontaktstelle Frau und Beruf Ravensburg – Bodensee – Oberschwaben. Die Ravensburger Kontaktstelle ist mit der Stellenausstattung an ihre kapazitätsmäßige Grenze angelangt, zumal die Programmziele permanent erweitert werden.

Dazu gehört auch der Ausbau von digitalen Angeboten. Vor dem Hintergrund der Globalisierung, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und nicht zuletzt der Coronakrise soll sowohl bei Frauen als auch bei Unternehmen das Bewusstsein geschärft werden, welche Fähigkeiten wichtig sind, um auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft erfolgreich zu sein. Dazu gehören zusätzliche Veranstaltungen, ebenso wie Workshops zu neuen Methoden für Vernetzung, Zusammenarbeit und Führung.

Des Weiteren soll die Präsenz der Kontaktstelle in den sozialen Medien und virtuellen Plattformen ausgebaut werden. Die Nachfrage ist gerade in Coronazeiten gestiegen und sehr hoch. Speziell sollen Mädchen und Frauen für IT-Berufe gewonnen werden. Die Thematik der Digitalisierung ist nur professionell umzusetzen und bedarf somit auch mehr personeller oder finanzieller Unterstützung. Wie in der Kreistagssitzung vom 09.07.2020 bei der Abstimmung über die Erhöhung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten von uns angekündigt, wollen wir hiermit das Thema der Gleichberechtigung von Frauen unterstützen. Aus unserer Sicht ist es zielführend, gerade in Coronazeiten die Kontaktstelle Frau und Beruf zu stärken. Ob das Geld für eine Teilzeitstelle oder für Projekte und Veranstaltungen genutzt wird, soll der Kontaktstelle überlassen werden.

Zu 4)

Analog zum geplanten Schwerpunktthema

„Versorgung mit Kurzzeit- und Übergangspflege - Mangel ohne Ende?“

beim geplanten virtuellen Besuch des Ministerpräsidenten am 10.12.2020 möchten die Freien Wähler wie letztes Jahr das Thema Pflege in den Vordergrund rücken. Unser neuer Sozialdezernent hat in seinen Ausführungen hier einige Denkanstöße gegeben.

Für uns stellt sich immer wieder die Frage, von welchen Zahlen (Bedarfen) wir ausgehen? Wir meinen, dass die Realität mit den genannten Zahlen nicht übereinstimmt. Vor allem im Kurzzeit- und Tagespflegebereich ist schon ein Mangel zu verzeichnen, der sich die nächsten Jahre noch immens vergrößern wird. Und dies alles ungeachtet dessen, dass zur Bewirtschaftung das notwendige Personal gar nicht vorhanden ist.

Klar ist, dass wir im Bereich stationäre Pflege mehr tun müssen. Auf der anderen Seite müssen wir aber alles daransetzen, dass es mit der Quartiersentwicklung und Projekten, wie den Solidarischen Gemeinden, weiter geht. Es muss jemand da sein, der die Strukturen schafft und ein Netzwerk aufbaut. Wir sehen das momentan als größte Chance den Pflegeplatznotstand etwas abzufedern. Durch eine gute Versorgungssituation im Quartier können die Menschen möglichst lange zu Hause betreut und versorgt werden und benötigen somit weniger Dauerpflegeplätze. Der Sozialausschuss hat am 23.06. die Teilnahme des Landkreises am Förderaufruf „Kommunale Pflegekonferenzen“ beschlossen und 6.000 EURO dafür in den Haushalt 2021 eingestellt. Der Antrag ist positiv beschieden worden, wir möchten aber mit den zusätzlichen Mitteln der Sache noch mehr Gewicht und finanzielle Unterstützung über das Förderprogramm hinaus geben.

Zu 5)

Die Hausärzteversorgung zu sichern ist in vielen Gemeinden schon heute ein großes Problem. Im Gegensatz zu den Ballungszentren sind alle ländlichen Städte und Gemeinden betroffen. Deshalb muss der Landkreis eine Strategie entwickeln und sich um dieses Thema kümmern. Wie die letzten Tage und Wochen immer wieder in den Zeitungen zu lesen ist, wird dieses Problem für die Städte und Gemeinden immer größer. Da der Landkreis für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen soll, ist die Erarbeitung einer Strategie dringend notwendig. Sonst ist dies von jeder Gemeinde einzeln zu erbringen. Die weiteren Schritte müssen dann natürlich auch in den Gemeinden erfolgen. Die Gesundheitskonferenz hat sich diesem Thema schon angenommen, aufgrund der Coronathematik kann dies aber momentan nicht weiterverfolgt werden. Wir wollen dies aber sobald als möglich wieder aufgreifen und mit den zusätzlichen Mitteln eine erste Strategie erarbeiten um ein Netzwerk zu bilden und auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung auf Augenhöhe zu kommunizieren. Wir gehen davon aus, dass im weiteren Verlauf wohl auch zusätzliche personelle Unterstützung notwendig sein wird. Um dies aber genauer zu verifizieren soll unser Antrag den Anstoß dazu geben.

Zu 6)

Unsere Anträge enthalten zusätzliche Ausgaben in Höhe von 100.000 EURO. Mit den von uns beantragten Einsparvorschlägen in Höhe von 100.000 EURO sind somit keine Mehrkosten entstanden.

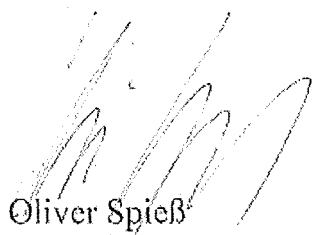
Mit dem Vorschlag Aufwendungen auch beim Kreistag und Kreis einzusparen sollten wir auch ein Zeichen nach außen setzen.

Der Vorschlag für den LARA Ball weniger Geld einzusetzen hängt im Jahr 2021 mit der Coronapandemie zusammen. Ein solcher Ball ist aus unserer Sicht nicht durchführbar. Wir möchten aber klar darauf hinweisen, dass diese Veranstaltung von uns im Jahre 2022 wieder unterstützt werden wird.

Des Weiteren sehen wir bei den Beratungskosten noch Einsparpotential, ebenso bei den Stellenausschreibungen, indem man die notwendigen Texte noch weiter einkürzt und auf die Homepage hinweist.

Bei den EDV-Aufwendungen sehen wir gerade durch unseren Ansatz der Digitalisierung ein mögliches Einsparpotential, da eine erfolgreiche Digitalisierung vor allem eine interkommunale Vernetzung und Kooperation - gemeinsam mit Städten und Gemeinden - braucht. Wir denken hier z.B. an gebündelte Onlinebürgerdienste entwickeln, dies spart Kosten beim Kreis und den Städten und Gemeinden.

Wir möchten dazu aber abschließend noch erklären, dass wir davon ausgehen, dass das Rechnungsjahr 2020 weit besser abschließt als bisher berechnet werden konnte. Aus diesem Grunde wären die Einsparmöglichkeiten nicht notwendig. Wir stehen aber zur Verantwortung hier einen Ausgleich zu schaffen.



Oliver Spieß